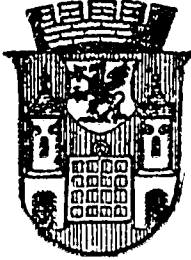


# Schwedter Tageblatt

Verständigungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Pierraden

Postfach Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abnahme aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Posten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbesteller Bestellschein besonders.



Postfachkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die entsprechende Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen - Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 137

Sonnabend, den 13. Juni 1925

32. Jahrgang

## Chronik des Tages.

— Reichspräsident v. Hindenburg hat die Vertreter der Religionsgemeinschaften zur Entgegennahme ihrer Glückwünsche anlässlich seines Amtsantritts empfangen.

— Die vom Reichsjustizminister ausgearbeitete Amnestievorlage wird dem Reichskabinett in seiner nächsten Sitzung vorgelegt werden.

— Reichsernährungsminister Graf Ranitz begründete vor dem Zolltarifausschuß des Reichswirtschaftsrates die Notwendigkeit der Getreibezölle.

— Die Regierungskommission des Saargebietes hat das Aufziehen und Tragen von Fahnen in den Farben Schwarz-Weiß-Rot verboten, da diese Farben nicht mehr die verfassungsmäßigen Farben des Deutschen Reiches sind.

— Die amerikanische Regierung betont erneut, daß sie an dem vorgeschlagenen europäischen Sicherheitspakt nicht teilnehmen werde.

— Nach einer Regierungserklärung im englischen Unterhaus wird die Interalliierte Militärkontrollkommission in Deutschland bleiben, um die Durchführung der in der Entwaffnungsnote enthaltenen Forderungen zu überwachen.

## Erst Montag Pariser Note.

Zunächst soll Belgiens und Italiens Zustimmung eingeholt werden.

Der französische Außenminister Briand, der nach seinen Besprechungen mit Chamberlain in Genf jetzt nach Paris zurückgekehrt ist, hat seiner Regierung über das Ergebnis der Verhandlungen Bericht erstattet. Seine Erklärung jedoch, daß sofort nach seiner Rückkunft die Sicherheitsnote nach Berlin weitergeleitet werde, hat sich als verfrüht erwiesen. Nach neueren Meldungen ist mit der Übergabe der Note an den deutschen Botschafter in Paris kaum vor Montag zu denken. Inzwischen sind zwei Exemplare der Note nach Brüssel und Rom übermittelt worden, um von dort die Zustimmung zu dem Wortlaut des Schriftstückes einzuholen. Einer Pariser Meldung zufolge soll der Text des Sicherheitspaktes zugleich mit dem Text des deutschen Memorandums vom 8. Februar veröffentlicht werden.

## Der Inhalt des deutschen Memorandums.

Bisher war der Inhalt des deutschen Angebotes eines Sicherheitspaktes vom 8. Februar als vertraulich behandelt worden. Nunmehr wird der tatsächliche Inhalt der Öffentlichkeit bekanntgegeben:

Bei dem Memorandum handelt es sich nicht um endgültig formulierte Vorschläge, sondern um eine Darlegung des allgemeinen Rahmens, in der die deutsche Regierung an einer Lösung der Sicherheitsfrage positiv partizipieren zu können. Deshalb ist in diesem Sinne den Mächten die Erklärung geworden, daß Deutschland sich z. B. zu einem Pakte verstehen könnte, durch den die an Rhein interessierten Mächte sich für eine zu vereinbarende längere Periode zu trennen Händen der Vereinigten Staaten von Amerika verpflichten, keinen Krieg gegeneinander zu führen. Des Weiteren wurde der Gedanke eines Paktes zur Erwägung gestellt, worin der derzeitige Bestand am Rhein sichergestellt wird. Des Weiteren wird bemerkt, daß in einem solchen, auf voller Gegenseitigkeit beruhenden Pakt im gleichen Sinne auch eine Garantierung der Entmilitarisierung der Rheinlande einbezogen werden könne, wie sie die Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrages vorsehen.

Schließlich hat die Reichsregierung die Möglichkeit einer späteren, alle Staaten umfassenden Weltkonvention offen gelassen, einer Weltkonvention, in die der zunächst zur Erörterung gestellte begrenzte Sicherheitspakt entweder aufgehen oder hineingearbeitet werden könnte.

## Die Vertreter der Religionsgemeinschaften beim Reichspräsidenten.

Eine Ansprache Hindenburgs.

Die Vertreter der drei großen Religionsgemeinschaften stellten am Freitag dem Reichspräsidenten v. Hindenburg einen gemeinsamen Besuch ab, um ihm ihre Glückwünsche anlässlich seines Amtsantritts zu überbringen. Namens des Evangelischen Kirchenbundes überbrachte der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin, D. Dr. Kapler, die Wünsche der Gesamtheit der Deutschen Evangelischen Landeskirchen. Der katholische Delegat, Weihbischof Dr.

Deitmer, sprach die Glückwünsche der katholischen Religionsgemeinschaft aus. Als Vertreter des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden begrüßte Kammergerichtsrat L. Wolff den Reichspräsidenten.

In seiner Antwort gab der Reichspräsident den Vertretern der Religionsgemeinschaften erneut die Versicherung, daß er in seinem hohen Amte mit gleicher Gewissenhaftigkeit alle Bekenntnisse und Weltanschauungen achten und stets den Geist innerer Volksgemeinschaft schützen werde. Gleichzeitig gab er dem Wunsch Ausdruck, daß in den Reihen der Kirchen und Gemeinschaften sich stets der Sinn für Versöhnlichkeit, gegenseitige Achtung und einträchtige Zusammenarbeit finden möge, ohne den die Zukunft Deutschlands nicht gefördert werden könne.

## Die Getreibezölle.

Eine Rede des Reichsernährungsministers vor dem Reichswirtschaftsrat.

Bevor der Reichswirtschaftsrat in die Beschlußfassung über die Zolltarifvorlage der Reichsregierung eintrat, nahm der Reichsernährungsminister, Graf Ranitz, die Gelegenheit wahr, die im Laufe der Beratungen stark bekämpften Getreibezölle noch einmal ausführlich zu begründen und zu verteidigen. Der Minister fasste seine Ausführungen zum Schluß folgendermaßen zusammen:

„Die Entgeltung der deutschen Gesamtwirtschaft in den letzten zehn Jahren vor dem Kriege hat gezeigt, daß die Agrarzölle

1. die agrarische Produktion tatsächlich gesteigert haben,
2. die Exportmöglichkeiten der Industrie in keiner Weise behindert haben,
3. eine Verarmung der breiten Massen nicht zeitigt haben,
4. ein handelspolitisches Instrument von größter Wirkung wären.

Die Verhältnisse nach dem Kriege sind nicht so grundlegend andere geworden, als daß man mit Recht annehmen dürfte, was vor dem Kriege war, ist heute unwirksam. Die Reichsregierung ist sich ihrer Verantwortung bei Einbringung der Zollvorlage gegenüber den deutschen Konsumenten vollkommen bewußt. Ich will keine Entwertung der Landwirtschaft auf Kosten der übrigen Volksgenossen. Das Ziel der Reichsregierung ist Hebung der Gesamtwirtschaft zum Nutzen jedes einzelnen deutschen Staatsbürgers.“

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 13. Juni 1925.

90 Millionen für Stinnes. Wie die „Berliner Börsenzeitung“ von durchaus zuverlässiger Seite erfahren haben will, belaufen sich die Verpflichtungen des Stinneskonzerns auf 155 Millionen. Davon seien 110 Millionen kurzfristige, im Juni oder Juli fällige Verbindlichkeiten. Etwa 20 Prozent der Gesamtsumme seien durch Rembourse und Waren gedeckt, weitere 20 Prozent fänden Deckung in verschiedenen Forderungen. Es bleibe also eine Schuldenlast für den Stinneskonzern von 90 Millionen Mark zu decken. Die Banken seien bereit, 50 Millionen Mark fest auf sechs Monate gegen Verpfändung der vorhandenen Sicherheiten zu geben; für die restlichen 40 Millionen werde ein Konsortium gebildet. Die Reichsbank, unter deren Führung bekanntlich die Transaktionen eingeleitet worden seien, sei bereit, den Banken beim Hereinnehmen von Akzepten besondere Erleichterungen zu gewähren.

## Senkung der Umsatzsteuer?

— Berlin, 13. Juni. Im Steuerausschuß des Reichstags erklärte sich die Reichsregierung bereit, an der Senkung der Umsatzsteuer im Rahmen der jetzt vorliegenden Steuergesetze heranzugehen. Es könne das aber bei der großen Bedeutung der Umsatzsteuer für den Etat und den Finanzausgleich erst geschehen, wenn das Gesamtergebnis der Steuergesetzgebung sich übersehen lasse. Das werde der Fall sein, wenn die ersten Lesungen der Gesetze abgeschlossen seien. Ergebe sich dann, daß bei den anderen Gesetzen wesentliche Ausfälle nicht entstehen, so würde sich die Reichsregierung mit einer Senkung der Umsatzsteuer etwa vom 1. Oktober 1925 ab einverstanden erklären können. Bei der Senkung werde keinesfalls über einen geringen Bruchteil hinausgegangen werden können.

Painlevé bei Chautey.

\* Ministerpräsident Painlevé, der inzwischen an der marokkanischen Front angekommen ist, hat von Marokkail

Chautey eine ausführliche Uebersicht über die Lage erhalten, worin gesagt wird, in der Gegend im Norden von Algier bis zur früheren spanischen Zone seien sieben französische Posten umzingelt. General Colombat habe einen Versuch gemacht, diese Posten zu befreien. Die Kräftegruppen bewegten sich auf Algier zu. Die französischen Truppen seien imstande, die Angriffe in diesem Abschnitt auszuhalten. Die französische Kontrollkommission ist jetzt gleichfalls nach Marokko abgereist. Sie wird acht Tage in Marokko bleiben, um die Verhältnisse zu prüfen. — In den französisch-spanischen Verhandlungen hat sich eine Verzögerung um mehrere Tage als notwendig erwiesen, da noch die Ernennung einiger französischer Sachverständigen aussteht.

## Preussischer Landtag.

— Berlin, den 12. Juni 1925.

Ein 50-Millionen-Kredit für den Mittelstand.

Im Preussischen Landtag wurde heute zunächst die Aussprache über die Kreditnot des Mittelstandes, der Landwirtschaft zu Ende geführt. Bei der Abstimmung wurde der Ausschussantrag auf Bewilligung eines Kredites von 50 Millionen Mark angenommen. Annahme fand ferner der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, das Staatsministerium zu ersuchen, 1. dafür zu sorgen, daß den Kreditorganisationen des gesamten Mittelstandes in Stadt und Land laufend größere Mittel über die Landeszentral-Kreditinstitute zugeführt werden, 2. die gesellschaftlichen Bestrebungen des selbständigen Mittelstandes tatkräftig zu fördern.

Das Haus ging dann über zur zweiten Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für das Rechnungsjahr 1925. Die allgemeine Besprechung, für die jeder Fraktion zwei Stunden Redezeit zugewilligt ist, wird an das Ministergehalt geknüpft. Der Haushaltsausschuß hat den Haushalt in der Ausgabe mit einigen Änderungen zur Genehmigung empfohlen und außerdem die Annahme von 65 Anträgen und 3 Entschließungen vorgeschlagen, die sich auf die Förderung der Produktion, auf die Kreditfrage, auf Meliorations- und Siedlungsfragen usw. beziehen. Daneben liegt eine Fülle ähnlicher Anträge aus dem Hause vor.

Nach kurzer Debatte, an der sich u. a. die Abg. Heilmann (Soz.), Dr. v. Winterfeld (Dntl.) und Graf zu Stolberg-Berningerode (D. Sp.) beteiligten, wurde die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

## Verfassungsfragen im Reichstag.

— Berlin, den 12. Juni 1925.

Für und wider den 18. Januar.

Der Reichstag befaßte sich in seiner heutigen Sitzung mit den wichtigen Beschlüssen, die der Haushaltsausschuß vor einigen Tagen bei der Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern gefaßt hat.

Der Ausschuß hat bekanntlich den 18. Januar zum Nationalfeiertag bestimmt. In Entschließungen fordert er u. a. die Vorlegung von Gesetzentwürfen über das Beamtenrecht, Regelung der Verteilung von Titeln von Reichswegen, reichsgesetzliche Regelung der Feiertage, Einführung eines allgemeinen Volkstrauertages zur Ehrung unserer im Weltkriege Gefallenen. Schließlich fordert er noch die Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik.

Der erste Redner, Abg. Solmann (Soz.), trat den Ausschußbeschlüssen mit großer Schärfe entgegen, vor allem wandte er sich dagegen, daß der 18. Januar zum Nationalfeiertag erhoben werden soll. Ebenso entschieden bekämpfte er die gesamte Aufhebung des Republikenschutzes. Den Volkstrauertag lehnte der Redner als Unzulässigkeit ab. Die Aufrollung der Flaggenfrage bedeute die Aufwühlung des Volkes.

Abg. Berndt (Dntl.) bezeichnete die Rede seines Vordredners als eine einzige Schimpfanrede. (Widerspruch links.) Der 18. Januar sei für Millionen von Deutschen ein heiliger Tag. (Zustimmung rechts.) Ein Ausschuß zur Überprüfung der Weimarer Verfassung sei erforderlich. Der Redner legte Verwahrung ein gegen die sozialdemokratische Unterstellung, daß mit Hilfe dieses Verfassungsausschusses die Monarchie wiederhergestellt werden solle. Er erklärte, daß seine Freunde trotz ihrer monarchistischen Einstellung den Kampf um die Staatsform heute zurückstellen.

Abg. Dr. Schreiber (Str.) erblickte in dem Antrag der Rechten auf Einsetzung eines Verfassungsausschusses einen psychologischen Fehler. Die Begleitmusik dieses Antrages zeige, daß man mit Verhöhnungen und Brecheisen Marren für Marren aus der Verfassung herauszubrechen wolle. Die Weimarer Verfassung sei aber die Zusammenfassung deutscher Lebenskräfte in schwerster Zeit, und das gebe ihr einen historischen Platz. (Weifall im Zentrum.) Der Redner forderte die baldige Verabschiedung des Reichsgesetzes und Regelung des Religionsunterrichtes.

Abg. v. Kardorff (D. Sp.) empfiehlt eine Reform des Reichstagswahlrechts. Besonders zu erwägen sei die Frage der Einschränkung des Wahlalters. (Zustimmung.) Eine Reform der Reichsverfassung müsse vorbereitet werden. (Unruhe links.) Die politischen Mehrheitsverhältnisse haben sich seit der Schaffung der Weimarer Verfassung geändert, und aber manche Frage denke das deutsche Volk heute anders als früher. Die Form, in der die parlamentarischen Unter-